



Bündnis 90/Die Grünen – SPD-Landtagsfraktion
Konrad-Adenauer-Straße 12 70173 Stuttgart

Architektenkammer Baden-Württemberg
Herr Präsident Markus Müller
Herr Hauptgeschäftsführer Hans Dieterle
Danneckerstraße 54
70182 Stuttgart

Bearbeiter:	
Rücksprache bei:	
Kopie an:	
Eingang am:	17. Juli 2015
Antwort/Entwurf für:	
Wiedervorlage am:	
Ablage:	

Landtags-
Fraktion



Edith Sitzmann MdL
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

Telefon 0711 2063-672
Telefax 0711 2063-660

edith.sitzmann@gruene.landtag-bw.de

Claus Schmiedel MdL
Fraktionsvorsitzender der SPD

Telefon 0711 2063-729
Telefax 0711 2063-702

claus.schmiedel@spd.landtag-bw.de

Stuttgart, den 16. Juli 2015

Sehr geehrter Herr Müller,
sehr geehrter Herr Dieterle,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 29. Juni 2015 zu den Plänen der EU-Kommission bei Handwerk und Freien Berufen.

Wir stimmen Ihnen völlig zu, dass hier das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden darf: Erleichterte Zugangsbedingungen zu Märkten dürfen unsere gängigen Sicherheitsstandards und das hohe Qualifikationsniveau von Handwerk, Architekten und Ingenieuren nicht gefährden. Die grün-rote Landesregierung hat sich aus diesem Grund von Beginn an in Berlin und Brüssel dafür eingesetzt, dass die Besonderheiten des deutschen Ausbildungssystems berücksichtigt werden.

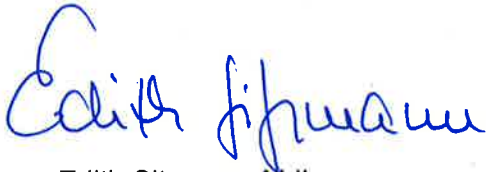
Insbesondere die Qualifikationsstufe Meister liegt uns hier am Herzen. In 41 Gewerke gibt es die Meisterpflicht in Deutschland derzeit. Unseres Erachtens ist sehr gut begründbar, warum diese Liste nicht verändert werden sollte. Die betroffenen Gewerke sind gefahrge- neigt und haben eine ganz besonders hohe Ausbildungsleistung. Deshalb setzt sich die grün-rote Landesregierung auch weiter in Berlin und Brüssel dafür ein, dass die Pläne der EU-Kommission nicht über das Ziel hinausschießen.

Das System der Kosten- und Honorarordnungen der Freien Berufe muss gewährleisten, dass eine am Gemeinwohl orientierte Leistungserbringung sichergestellt ist. Die bestehenden Regelungen müssen nun europarechtskonform weiterentwickelt werden.

Die Regierungsfractionen von Bündnis90/Die Grünen und SPD haben zu diesem Thema am 14. Juli 2015 in den jeweiligen Fraktionssitzungen einen Entschließungsantrag verabschiedet. Dieser bekräftigt nochmals die bisherige Position der Landesregierung. Sie finden diesen Antrag, der sich nun im parlamentarischen Verfahren befindet, anbei.

Wir wünschen uns, dass unser gemeinsamer Einsatz bei diesem Thema Früchte trägt und verbleiben

mit freundlichen Grüßen



Edith Sitzmann MdL
Fraktionsvorsitzende



Claus Schmiedel MdL
Fraktionsvorsitzender

Anlage

Antrag der Fraktion Grüne und der Fraktion SPD: „Transparenzinitiative der Europäischen Kommission mitgestalten - Bewährte Standards im Handwerk und in den Freien Berufen in Baden-Württemberg erhalten“

Landtag von Baden-Württemberg

15. Wahlperiode

Antrag
der Fraktion Grüne
der Fraktion SPD

Transparenzinitiative der Europäischen Kommission mitgestalten - Bewährte Standards im Handwerk und in den Freien Berufen in Baden-Württemberg erhalten

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Aktivitäten der Landesregierung bei der Europäischen Kommission mit dem Ziel, den bewährten Meistertitel zu erhalten, werden begrüßt.
2. Die Erstellung einer Übersicht durch die Transparenzinitiative der Europäischen Kommission, die zeigt, welche Berufe in den Mitgliedstaaten auf welche Weise reglementiert sind, wird grundsätzlich begrüßt. Die gegenseitige Evaluierung und Diskussion muss branchenspezifisch und sachgerecht unterstützt werden, um eine Vergleichbarkeit der Berufszugangs- und Berufsübergangsreglementierungen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten herzustellen.
3. Bei der Erstellung des von der EU-Kommission geforderten Aktionsplans muss in besonderer Weise darauf geachtet werden, dass die Frage der Reglementierung von Berufen eine autonome Entscheidung der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bleibt.
4. Die Freien Berufen und das Handwerk sind eine wichtige Säule unseres selbständigen Mittelstandes und unserer Gesellschaft.
5. Das System der Selbstverwaltung und das System der Kammern müssen beibehalten und weiterentwickelt werden, um das hohe Bildungs- und Ausbildungsniveau, auch in Baden-Württemberg, zu sichern und zukunftsfest zu machen.
6. Eine angestrebte Vereinheitlichung der Systeme innerhalb Europas darf nicht zu Lasten bestehender Standards geschehen.
7. Das hohe Niveau des Verbraucherschutzes, der Qualität von Dienstleistungen und der Qualität der Berufsausbildung im Bereich der Freien Berufe müssen erhalten und gefördert werden.

8. Freie Berufe, die den drittgrößten Ausbildungsbereich unserer Volkswirtschaft bilden und viele Gründungen hervorbringen, sollen auch künftig verlässliche, gute Rahmenbedingungen vorfinden.

II. die Landesregierung wird aufgefordert sich bei der Bundesregierung und der Europäischen Kommission einzusetzen,

1. für die Auffassung, dass unterschiedliche Regelungskonzepte nicht zwangsläufig der Liberalisierung des europäischen Binnenmarkts entgegenlaufen.

2. dass das System der Kosten- und Honorarordnung der Freien Berufe so weiterentwickelt wird, dass eine am Gemeinwohl orientierte, europarechtskonforme Leistungserbringung sichergestellt wird.

3. dass durch die Regelungen zur Fremdkapitalbeteiligung die Unabhängigkeit der Berufsausübung der Freien Berufe nicht durch wirtschaftliche Interessen in Frage gestellt wird.

Begründung

Die EU-Kommission hat mit der Mitteilung zur Bewertung nationaler Reglementierungen des Berufszugangs vom 2. Oktober 2013 einen Arbeitsplan zur Evaluierung der Berufszugangsregelung vorgelegt. In dieser Untersuchung kam die Kommission zum Ergebnis, dass der Abbau der Berufsreglementierungen in Deutschland zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen würde. Der Landtag von Baden-Württemberg beurteilt die Situation differenzierter. Ziel ist es die Qualitätsstandards in Freien Berufen und im Handwerk sowie die Selbstverwaltung zu erhalten. Im Interesse des Gemeinwohls muss die Qualitätssicherung auf hohem Niveau gewährleistet sein. Es müssen gute Antworten darauf gefunden werden, wie die Dienstleistungsfreiheit als eine der vier Grundfreiheiten der Europäischen Union so ausgestaltet werden kann, dass nationale Standards hoch bleiben und gleichzeitig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb der EU mobiler werden. Die Kosten- und Honorarordnung der Freien Berufe muss sich am Gemeinwohl orientieren und europarechtskonform ausgestaltet werden. Die Freien Berufe wirken sich positiv auf die Ausbildung junger Leute sowie auf Existenzgründungen und damit auf die Wirtschafts- und Beschäftigungslage aus. Nicht umsonst hat Baden-Württemberg die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit deutschlandweit.

14.07.2015

Sitzmann und Fraktion Grüne
Schmiedel und Fraktion SPD